

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Auslieferung 7,50 Mark, einschließlich 22,50 Mk. durch die Post monatlich 8,25 Mk. vierteljährlich 24,75 Mk. einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter 'Scale-Zeitung' eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Scale-Zeitung' gestattet. Fernr. der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Scale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Restformen die 92 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenbüros. Gestaltungsgebühr 10 Pf., 1. u. 2. Erscheinen täglich mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausr. 17. Abend-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 22 und Markt 24. Verleger-Ronko Leipzig Nr. 22813a.

Nr. 372.

Halle, Donnerstag, den 11. August 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Noch keine Entscheidung über Oberschlesien.

Beratung der Luftschiffahrts-Abrüstung und der interalliierten Militärkontrolle. — Orientfragen auf der Tagesordnung in Paris. — Die Verteilung der Besatzungskosten. — Polen zum Einfall in Oberschlesien und Ostpreußen bereit.

Die Anteilbarkeit des ober-schlesischen Industrieertrags.

er. Aus führenden Kreisen der ober-schlesischen Industrie stammt nachstehender Warnruf, der in letzter Stunde die Gefahr beleuchtet, die aus einer Kompromißentscheidung des Obersten Rates droht: Die Verhandlungen der Pariser Konferenz über das Schicksal Oberschlesiens scheinen mit einem Kompromiß zu enden. Durch das Kompromiß wird der Grundlag, mit dem Lloyd George nach Paris ging, nämlich die Anteilbarkeit des Industrieertrags, über den Haufen geworfen. Die verstärkte Kommission der Sachverständigen wurde zwar angewiesen, zu untersuchen, welche ländlichen Gemeinden trotz polnischer Mehrheit zum Industriegebiet gerechnet werden müssen. Aber das bedeutet für Deutschland gar nichts, wenn nachher das Industriegebiet für eine Kompromißteilung zerschnitten wird. Brädeln auch nur einige Steine aus dem Bau, so fürzt das ganze, von deutscher Unternehmungsgelb gefasste Werk zusammen. Der Feindbesitz der großen Bergbauergesellschaften erträgt sich fast durchweg über mehrere Kreise. Ein und dieselbe Gesellschaft hat Gruben gleichzeitig im Zentrum und im Osten und in den südl. Bezirken. Die Kreise Klobitz und Pleß, sowie der südliche Teil des Kreises Gleibitz und der Südosten des Kreises Ratibor bilden große Ackerbezirke für das Zentralrevier. Springt jenes ab, dann verfällt der ganze Kohlenbergbau, der von so großer Bedeutung für Mitteleuropa ist, dem Siedtum. Wehliche Beziehungen liegen bei der Zinkindustrie vor. Auch hier befinden sich die Werke derselben Gesellschaft in verschiedenen Kreisen. Die Anteilbarkeit des Industrieertrags beruht auf der Abhängigkeit einzelner Teile von der gemeinsamen Versorgung mit Trink- und Abwasser sowie mit elektrischen Anlagen. Die Wasserversorgung ist eins der stärksten Argumente für die Anteilbarkeit des Industrieertrags. Ohne Wasser kein Leben. Und dieses Leben entspringt den Quellen, die nicht auseinandergerissen werden können. Die Versorgung des Industrieertrags mit elektrischer Energie erfolgt durch das Hochspannungsnetz der ober-schlesischen Elektrizitätswerke und die Zentralen einzelner Werke. Die ober-schlesischen Elektrizitätswerke (O. E. W.) besitzen zwei Kraftstationen in Chorzow und Jaborze, die seit 1897 in Betrieb sind. Zahlreiche Gruben und Hütten beziehen von ihnen den Gesamtkraftbedarf, viele Gemeinden die gesamte Straßen- und Wohnungsbeleuchtung. Der Arbeitsverkehr ist fast ganz auf die elektrische Straßenbahn angewiesen, die eine Länge von 150 Kilometer haben und täglich ungefähr 100.000 Personen befördern. Die gewaltige Entwicklung dieses Verkehrs sowie die Beleuchtung und die Versorgung des Kleinerewerkes ist nur durch die verhältnismäßig niedrigen Tarife der O. E. W. möglich und diese Tarife können wiederum nur durch den erheblichen Strombedarf zu niedrig gehalten werden. Betrachten wir die großen Transportwege: Eisenbahnen, Wasser- und Landstraßen, so finden wir ebenso Beziehungen, welche gegen eine Teilung sprechen. Das gesamte Hauptbahnenetz des Bezirkes untersteht der Leitung durch eine Stelle, der Eisenbahndirektion Ratibor. Es kann auch gar nicht anders sein. Aus den südl. Kreisen des Reviers und den im Westen angrenzenden Nachbarrevieren haben viele Bewohner ihre Arbeitsstätten, Gruben, Hütten und Fabriken — im Zentralrevier. Sie würden der Arbeit und viele Werke der Arbeiter verlustig gehen, wenn bei einer Teilung des Industrieertrags die Verhältnisse nicht mehr Berücksichtigung finden. Eine Besonderheit für die ober-schlesischen Eisenbahneinrichtungen ist das Schmalpurbahnnetz, das in der Hauptlinie die Versorgung der Gruben und Hütten mit Betriebsmaterialien ausführt und für den ober-schlesischen Güterverkehr von außerordentlicher Bedeutung ist. Die einzige Wasserstraße, welche für die Versorgung der ober-schlesischen Güter und für die Heranführung der Kohlen für den Verbrauch, steht die Oder. Der Wasserlauf der Oder verbindet das Land mit der deutschen Tiefebene und mit dem Meere. Kein Ankauf aus Oberschlesien geht hinüber nach Polen. Alle Irben der Oder als Nebenflüsse zu. Ein sicheres Zeichen von Aufkommensfähigkeit, das die Natur gesetzt hat. Keine Verletzung konnte es fällen. Oberschlesien zerteilen, hieße, seine große Leistungsfähigkeit auch in der Wiederherstellungsfrage sofort aufheben. Die abgetrennten Kreise wären selbst schwer gefährdet und voraussichtlich ohne den Wert, den die neuen Herren von ihnen erhoffen. Es bedarf ja noch in großem

Umfange die Erstflutung der Bodenschätze in den Kreisen Pleß und Klobitz. Dazu fehlen den Polen das Kapital und die geeigneten Leute. Das alles mögen die Kompromißflehden „Sieger“ in letzter Stunde bedenken!

Die Schicksalstagung in Paris.

Die Mittwoch-Vormittagssitzung. In der Mittwoch-Vormittagssitzung legte der Oberste Rat die Weisung der in Orient zu beobachtenden Neutralität fort und nahm einstimmig folgende Entschiedenheit an: „Die Verbändsmächte beschließen, ihre Haltung gegenüber der Neutralität in griechisch-türkischen Krieg beizubehalten, d. h. die Verbändsregierungen sind für sich über einig, mit keiner Unterstützung irgendwelcher Art in den Kampf einzutreten, ob es sich nun um Truppen- oder Waffenlieferungen handelt oder um Gewährung von Krediten.“ Der Oberste Rat erörterte sodann die Frage der Freiheit der Meere. Man beschwerte sich von englischer Seite darüber, daß die Türken im Bosporus von den Bolschewisten mit Waffen versorgt werden. Es wurde daher verlangt, daß auch die Griechen ihrerseits den Bosporus für ihre Operationen benutzen dürften. Im Gegenzug zu dieser Auffassung erklärte der französische Vertreter, es sei sehr wichtig, daß keinerlei Kriegshandlung im Bosporus zur Ausführung komme. Es wird ein gemeinsamer Schritt der Verbändsregierungen bei den beiden Kriegführenden unternommen werden, um die Freiheit der Meere zu sichern.

Nach Beendigung dieser Frage erörterte der Oberste Rat die Möglichkeit einer Vermittlung. Auch hier wurde keine vollständige Übereinstimmung erzielt. Folgende Entschiedenheit gelangte zur Annahme: Die Verbändsregierungen behalten sich jede Möglichkeit vor, ihre guten Dienste als Vermittler anzubieten, sind aber der Ansicht, daß die Stunde noch nicht gekommen ist, um mit einem günstigen Erfolg eines derartigen Schrittes zu rechnen.

Lloyd George hat den Standpunkt vertreten, daß die Neutralität keineswegs ein Verbot des privaten Handels mit Kriegsmaterialien sei, sondern, solange die Regierung selbst nicht eingreife. Das sei auch die bisher geltende Auffassung in der Neutralitätsfrage. Nach einem Meinungswechsel zwischen dem italienischen Außenminister della Torretta, dem amerikanischen Botschafter Harbo und dem japanischen Botschafter Sagami erklärte Ministerpräsident Briand, daß er gegen die Auslegung Lloyd Georges, die dem französischen Gelehrte entspricht, nichts einzuwenden habe.

Die Ausrüstungsfrage.

Der Oberste Rat ist Mittwoch nachmittag um 4 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammengetreten, um die Luftschiffahrts-Abrüstungsbedingungen des Friedensvertrages zu prüfen. Als militärische Sachverständige wohnten der Sitzung bei: Marshall Foch, General Wegand, der italienische General Varietti, der englische General Sadielle-West, der Militärattaché der britischen Botschaft in Paris, sowie ferner der japanische Militärattaché in Paris General Matanabe.

Bekanntlich verbot Artikel 198 des Versailler Vertrages, eine Militärflugschiffahrt in Deutschland zu organisieren. Doch ist es Deutschland gestattet, Zivilflugschiffe zu halten. Die Alliierten beschäftigen sich nun mit der Frage, wie verhindert werden könnte, daß Deutschland die Zivilflugschiffe in Kriegsflugzeuge umzuwandeln könnte. Schon früher waren diesbezügliche Maßnahmen beschloffen worden, z. B. die, daß Deutschland keine Luftschiffe haben dürfe, welche schneller als 150 Kilometer pro Stunde fliegen. Die Franzosen forderten in der Sitzung, daß Deutschland bezüglich der Zahl der Luftfahrzeuge beschränkt werde. Ebenso wie Deutschland auch nur eine bestimmte Anzahl von Soldaten halten darf, so soll es nur eine gewisse Anzahl von Luftfahrzeugen zugehen erhalten. Die Engländer sind der Ansicht, daß die Beschränkung der Anzahl der Flugzeuge hier ein langes Vorwort, wonach beschloffen wurde, die ganze Frage dem internationalen Militärkomitee von Versailles zu überweisen.

Sobald wurde die Frage erörtert, ob nicht die interalliierte Militärkontrolle in Deutschland aufrechterhalten bleiben soll. Auch diese Frage wurde dem Komitee von Versailles zur Entscheidung überwiesen.

Sobald beschäftigt man sich mit der russischen Hungerkatastrophe und beschloß die Schaffung einer internationalen Kommission, um die Möglichkeiten der Ernährung Rußlands zu prüfen. Wegen wird die Debatte über diesen Gegenstand fortgesetzt werden.

Die ober-schlesische Entscheidung erst morgen.

Da die Minister heute in Rambouillet zum Frühstück getreten sind, wird die heutige Vollendung der Konferenz erst am Nachmittag stattfinden.

Die gestrigen Londoner Abendblätter haben den Erfolg Lloyd Georges in Paris hervor und legen, man erwarte, daß der Oberste Rat entweder heute abend oder morgen zu einem Übereinstimmen über die ober-schlesische Frage kommen werde.

Wie die Havasagentur meldet, konnten die Sachverständigen, die die ober-schlesische Frage prüfen, noch nicht zu einem Ergebnis kommen. Der Oberste Rat wird deshalb die ober-schlesische Frage erst in der morgigen Sitzung aufs neue verhandeln.

Kein Zurückgehen Englands.

Aus London wird gemeldet: Das Ergebnis der gestrigen Sitzung des Obersten Rates wird hier als eine Niederlage des französischen Standpunktes betrachtet. Besonders die Tatsache, daß der Oberste Rat dem Verzicht Lloyd Georges zur Feststellung der Grundzüge, die die Teilung Oberschlesiens betreffen sollen, zugestimmt hat, wird als äußerst wichtig betrachtet. Die Berichte der französischen Presse, daß im letzten Augenblick vielleicht noch ein Kompromiß zu Stande kommen werde, werden in Abrede gestellt. Man glaubt, daß nach der Rede des englischen Premierministers ein Zurückgehen Englands nicht mehr zu erwarten ist und daß ein Kompromiß völlig ausgeschlossen sei. Man glaubt, daß die Fakten sich vollkommen auf die Seite Englands stellen wird, und daß die Rede des japanischen Delegierten dahin zu lauten wird, daß Japan sich der Neutralität angeschlossen würde. Dies würde in dem Obersten Rat, falls es zur Abstimmung kommt, für den englischen Standpunkt drei Stimmen ergeben, gegenüber der einen Stimme Frankreichs.

Wie die Entscheidung bekannt gegeben werden soll.

Ueber das Verfahren, das die Alliierten bei der Festlegung der ober-schlesischen Grenze durch Beschluß des Obersten Rates einzuschlagen gedenken, glaubt der Interalliierte folgendes mitteilen zu können: Zuerst müßten die Oberkommissare auf ihre Voten zurückgehen, dann die alliierten Truppen an Ort und Stelle und in Verteidigungsstellung gebracht sein; darauf würde man in Berlin und Paris anrufen müssen, daß jede der beiden Regierungen eine große Verantwortung auf sich laße, wenn sie es zu Unruhen oder Massenbewegungen kommen lassen. Im übrigen ist es noch nicht bekannt, wie der Oberste Rat seine Entscheidung den Beteiligten bekanntgeben werde.

Die Verteilung der Besatzungskosten.

Die Konferenz der Finanzminister der Alliierten dauerte gestern Vormittag von 11 bis 1 Uhr. Man beschäftigte sich mit der Frage der Besatzungskosten. Bis her wurden die deutschen Zahlungen in ungleicher Weise aufgeteilt. Wenn man den Wert der Bergwerke im Saargebiete nicht in die von Deutschland geleisteten Zahlungen einbezieht, dann hat Frankreich noch mehrere Millionen Goldmark für seine Besatzungskosten zu fordern. England hat eine Forderung von 5 bis 700 Mill. Goldmark, dagegen scheint Belgien bereits zum viel zu hohen zu haben. Die Reparationskommission entschied kürzlich, daß die 124 Mill. Goldmark, die am 1. März geleistet waren, völlig England zugewendet werden sollen, weil dieses bisher am wenigsten bekommen habe. Die Forderungen, die England zu erhalten hat, werden aber weder durch die 124 Mill. noch durch die Rückzahlung der an Belgien zum viel geleisteten Zahlungen gedeckt. Wenn dagegen die von Deutschland ausgeteilteren Schiffe zu einem höheren Preis angerechnet werden, als dies geschah, nämlich zu dem Preise des Wertes, den sie am Tage nach dem Waffenstillstand hatten, dann würde England nur wenig mehr zu fordern haben. In der gestrigen Sitzung der Minister erklärte Sir Robert Horne bezüglich der Summen, die England bereits ausgegeben habe, namentlich wegen der Währung sind die Kosten für die englischen Soldaten höher als für die französischen Soldaten. Auf der Konferenz von Hyde im Januar 1920 hatte Lloyd George vorgeschlagen, die Unterhaltungskosten für die Soldaten der einzelnen Mächte auf dieselbe Höhe zu bringen, aber dieser Plan ging von der Zustimmung Amerikas ab. Da diese nicht erfolgte, zog später England seinen Antrag zurück.

Polnische Durchbereitschaft.

Bestimmte Blätter berichten aus Warschau, daß in Sosnowice in den letzten Tagen ein neues Kriegskartell geschlossen habe. Nach den Ausführungen, die Willibald gemacht hat, soll gleichzeitig von Süden und von Osten her in Oberschlesien eingeschoben werden, während gleichzeitig harte Inporenentstellungen über Ratibor und Krappitz nach Polen vordringen sollen, um die rückwärtigen Verbindungen der Deutschen abzuschneiden. Der in der Verammlung anwesende polnische General J. Legowski gab die Erklärung ab, daß gleichzeitig mit dem Angriff auf Oberschlesien er auch einen Angriff auf Ostpreußen vorzuziehen werde. Dieser Angriff sei jetzt schon in allen seinen Einzelheiten vorbereitet.

Die Lage in Oberschlesien.

General de Brantes richtete an den Oberbürgermeister von Gleiwiß ein Schreiben, in dem er ihn auffordert, Zwangsmaßnahmen zu treffen zwecks Einstellung der Tätigkeit der deutschen Ausschüsse für Oberschlesien in Gleiwiß. Der Oberbürgermeister antwortete, er sei dazu nicht imstande, weil das deutsche Gesetz keine solchen Zwangsmaßnahmen gegen Institutionen, die im Interesse und zum Wohle des Volkes wirken, kenne. Von ähnlichen Maßnahmen gegen die polnische Volksvertretung in Oberschlesien, den Obersten polnischen Volkstag, habe die Deffenstheit bisher nichts gehört.

Auf eine Anfrage ob diejenigen Personen, die in Folge des Zustandes gefährdet sind, bereitwillig seien, ohne besondere Ermächtigung nach Oberschlesien zurückzuführen, hat die interalliierte Regierungskommission entschieden, daß diejenigen Personen, die den Wunsch haben, nach Oberschlesien zurückzuführen, zu diesem Zweck ein Gesuch an den Kreisintendanten ihres Wohnortes zu richten haben.

Am 20. Oktober ist in Paris der deutsche Ausschuss in Leobersdorf angekommen. Der Kreis Leobersdorf hat sich bei der Abstimmung mit 99,63 Prozent der abgegebenen Stimmen für Deutschland erklärt. Die Bevölkerung ermartet deshalb, daß er ungeteilt bei Deutschland bleibt, nachdem die Voraussetzungen des Friedensvertrages gegeben sind, nämlich der Zusammenhang mit Deutschland durch die für Deutschland günstige Abstimmung der Bezirke Oberlausitz, Glogau und Oppeln gewährleistet ist. Sie widerspricht auf das Entschiedenste, auch nur eine einzige Drohkrause der tschechoslowakischen Wanklungen gegenüber, wie dies in den jüngsten Tagen im Prozer Parlament angedeutet worden ist. Sie ermartet ferner, daß ganz Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland verbleibt, weil die Abstimmung dafür spricht und die wirtschaftlichen Beziehungen außer seiner Teile und Kreise dies unbedingt erfordern. Um nur einiges hervorzuheben, ist darauf aufmerksam gemacht, daß das linke Oderufer, vornehmlich der landwirtschaftlich hochentwickelte Kreis Leobersdorf, seine Bodenprodukte für den Industriebedarf liefert, und mit seinen Bodenprodukten und Industrieerzeugnissen. Nicht zu übersehen ist, daß viele Tausende von Arbeitern, die auf der heimatischen Scholle keinen Unterhalt finden, im Industriebezirk der Westschlesien, so daß auch diese Gründe die Anteilbarkeit Oberschlesiens gebieterisch erfordern.

Das offizielle Ende des Weltkrieges.

In der gestrigen Sitzung des Geheimen Rates in London stimmte der König einem auf den Zeitpunkt der offiziellen Beendigung des letzten Krieges bezüglichen Kabinettsbeschlusses zu, hieraus gilt der 31. August Witternacht als offizieller Zeitpunkt der Beendigung des Krieges. Der Beschluß ist allgemein anwendbar und nur das osmanische Reich ist davon ausgenommen.

Ueber die weiteren Steuerpläne der Reichsregierung

berichtet die D. M. Z., daß eine einmalige große Aufgabe der Körperschaften als Reparationsbeitrag erhoben werden. Die Verwirklichung des Planes könnte in der Weise erfolgen, daß die Gesellschaften Genossenschaften ausstellen, die in vollem Umfang am Ertrag der Unternehmung beteiligt sind. Die eigentliche Körperschaftsteuer müßte auf die Genossenschaft verzeichnet werden. Zur Fälligmachung derartiger Scheine sollen Generalpapiere durch das Reich ausgegeben werden, um eine kurzfristige Form für die Genossenschaft zu erhalten. Darüber hinaus trage sich die Reichsregierung mit dem Gedanken einer umfassenden zermögensweisen Analyse bei sämtlichen Gesellschaften sowie bei Produktionskapital zur Verfügung haben. Der Satz der eigentlichen Körperschaftsteuer soll von 10 auf 30 Prozent erhöht werden.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung, Freitag, den 12. August: „Die Schmiere.“ Novelle von Otto Stöckl. — „Beierkünde.“ Gedicht. — „Die Gläserkammer.“ Von Karl Ecker. — Ein finnischer Dichter. Zum Ende August. — Die Bureauaufstellung der Polizeileute. — Wänter der Eisriesenwelt. — Neue Zeitung.

Worum muß ein Drama 5 Akte haben?

Die Folge einer falschen Übersetzung.

Von Emil Gerold-Rindgen.

Roeflen waren von jeher die Feinde der Dichter. Im Bewande wohlmeinender Freunde stellen sie sich dem Schaffenden zur Seite, um freien Geistesflug durch ästhetische Gesetze zu lähmen. Ein echter Dichter stellt sich über Regeln und Maßstäbe hinweg, aber manches noch tapferere Talent greift nach Roeflen und Freytags „Zednit des Dramas“, diese Gelehrbrücke für junge Dramatiker, nach manchen Irregeltäten haben. Nichts aber hat so viel mißratene Dramen auf dem Gewissen als Horazens ungeliebte Vorschrift — die je auch Freytag vertritt —, daß ein vollendetes Drama fünf Akte haben müsse, nicht mehr und nicht weniger.

Eine fast unübersehbare Festschriftung hat dieses Gesetz zu allen Zeiten erfahren, die freilich nicht immer die Autoritäten haben sich zwar gegen diese Theorie gestraut, aber in der Praxis haben auch sie sich ihr unterworfen. Nicht etwa weil die Natur des Dramas die Befolgung dieses unübersehbaren Gesetzes erzwungen hätte. Voltaire a. B. jammert oft, daß er den Stoff zu fünf Akten beinahe müßte auf zu gewöhnen sei. Aristokraten als Aktenübiger einzusprechen, und Befehle, der in seiner Dramaturgie ihm das als künstlerische Sünde anrechnet, verfallt in diesen seiner Dramen in den gleichen Fehler. Tied, der Pfandkasseler, hat so wenig wie der spärlichste Schlegel einen fünfaktigen Grund für die Befolgung der horazischen Regel finden können, und Wieland hat vermutet, daß der Dichter der *Des poeete* mit den beiden Versen nur einen Scherz habe leisten wollen, dem die Personen zum Opfer fallen sollten. Es ist nicht uninteressant, sich mit der Geschichte der beiden Verse, die als festes Jungs für die fünfakt-Zählung gelten, zu beschäftigen. Eine genaue Untersuchung gibt der Bemerkung Wielands beinahe Recht.

Mittelalterliche Kommentatoren und Verfasser moderner Dramaturgien haben die Befolgung der Horazregel durch Hinweis auf das Zeugnis antiker Dichter zu erklären gesucht.

Bauerninteressen und Großgrundbesitz.

Der Deutsche Bauerntag teilt in Nr. 31 seines Dramas mit, daß aus verschiedenen Teilen des Reiches auf bäuerlicher Seite lebhaft darüber gefasst wird, daß bei der Verteilung der Getreidemasse die zeitlich vorgeschriebene Entlastung nicht eben nicht in genügendem Maße durchgeführt, und durch der größten Selbst auf Kosten des kleineren erheblich benachteiligt wird. Der Bauerntag hat diesen Beschwerden nachgegangen und habe festgestellt, daß die Schuld an derartigen Benachteiligungen des Bauernstandes die Kommunalverbände mit ihren großgrundbesitzlichen Mehrheiten tragen. Da und dort habe auch der Landbau die Finger im Spiele. Es werde dann auch Wählerbeispiele aus dem Kreis der Braunkohlenspitze, die in einem Kreis liegt bei dem Besitz über ein Morgen Anbaufläche weder eine Entlastung nach Anbauflächen noch nach Selbstverleihen für den einzelnen Betrieb vorgezogen worden. Und im Kreis Braunkohlenspitze fehlt der Kommunalverband eine Entlastung nach Anbauflächen ab, weil ihm — nach Verteilung des Getreides der Kreisliste — sonst der Weizenland und den Dals kommen müßte.“ Es ist eine alte Wahrheit, daß Bauern und Großgrundbesitzer nur sehr wenig gemeinsame Interessen haben, so wenig wie Handwerker und Großindustrie. Trotzdem lassen sich leider Gottes immer noch kleinere und mittlere Landwirte vom Weizenland und seinen Unterorganisationen und von dem jetzt mit ihnen verbundenen Bund der Landwirte als Jünglings mit dem Namen des Großgrundbesitzers pampert. Diesem ist aber eben doch nun endlich einmal die Augen auf, wenn sie von solchem Wirren von Landbänden trennen, nachdem ohnehin nur durch die Schuld der politischen Vertreter des Reichslandbundes, der Deutschnationalen Volkspartei, die Umwälzung zustande gekommen und die freie Wirtschaft gestaltet ist.

Vom griechisch-türkischen Krieg.

Die neue Meldung, daß die Kemalisten sich entschließen müßten, mit Zustimmung der Nationalversammlung Angora zu räumen und den Regierungssitz nach Ankara zu verlegen, bestätigt nur die Tragweite der griechischen Siege. Trotzdem scheint die Möglichkeit halbwegs Friedens noch in weiter Ferne zu stehen. Die Türken selbst halten einen Vermittlungsschritt der Entente im gegenwärtigen Augenblick für verfrüht. Deshalb richtet sich auch der Oberste Rat, der die Orientfrage zusehend in Paris schon angeht, darauf ein, weiter neutral zu bleiben. Aber es ist sehr bezeichnend, daß dabei nur allen Dingen erst einmal festgestellt werden soll, was unter Neutralität zu verstehen sei, unter welchen Bedingungen sich zur Anwendung kommen und welche Folgen sie nach sich ziehen könnte. Bisher hat nämlich die Neutralität der Entente darin bestanden, daß der eine Teil, England, die Griechen und der andere, Frankreich, die Türken unterstützt hat.

Eisab-Lochringen und wir.

Als Bismarck das Eisab und Teile von Lochringen der deutschen Staatsbahn einführte, hoffte er auf die der weichen Einnahme eigenen parlamentarischen Strömung, um die Neuangegliederten in die Luft des webererwarteten Reiches einzugewöhnen. Die Voraussetzungen hat sich in einem Teile erfüllt. Während in der Nationalversammlung in Bordeaux die Abgeordneten aus den eisabfähigen und den lochringigen Departements, obwohl vom gleichen Schicksal bestritten, ohne Fühlung miteinander blieben, entzweite sich in den zu einer Einheit zusammengeschlossenen „Reichsbahnen“, trotz des Gegenwärtigen zwischen Eisabern und Lochringern, zwischen Deutschen und „Walldern“ ein Gemeinheitsgefühl, ein hartes Gefühl der Zusammengehörigkeit, das vorher nicht bestand, mangels gemeinsamer Grundlagen nicht bestehen konnte. Auf dem Staatsbahnen Fundament wurde aber nicht aufgebaut, wie notwendig Folgerung, dem Eingeliehen die Höhe eines selbständigen Bundesstaates zu geben, wurden nicht gezogen. Auch dann nicht, als man endlich einen Schritt in der Richtung der Wände des Landes tat. Die Verfassung von 1910 blieb ein Leosid trotz des Drängens der Arbeiter im Reichstag, trotz des Wats des Reichers v. Eshen, des deutschen Volksherrers in Paris, der von einer Autonomie Eisab-Lochringern eine Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen erwartete. Der

In erster Linie hat man sich auf die Poetik des Aristoteles berufen und seinen Ausschluß, ein Drama müsse Anfang, Mitte und Ende haben und bei der Tragödie müsse man Schürzung und Lösung des Anwesens unterzeichnen, als Beweis dafür herangezogen, daß es schon den griechischen Dramatikern Vorschrift gewesen, Dramen in fünf Akte zu gießern. Wer auch wenn man ihre Epöden mit unseren Akten als wesensgleich ansieht und es als den Schluß eines Aktes gelten läßt, wenn der Chor allein auf der Bühne bleibt, zählen die griechischen Dramen ebenso oft mehr als weniger als fünf Akte. Außerdem scheint man bei dieser Begründung übersehen zu haben, daß Aristoteles mit seinem Satz, ein Drama müsse Anfang, Mitte und Ende haben, nur eine vorübergehende Behandlung; die Tragödie sei eine Nachbildung einer Handlung, ein Ganzes bildende Handlung, erläutern wollte und daß die Begriffe „Schürzung und Lösung des Anwesens“ Qualitäts- und nicht Quantitätsbezeichnungen sind. Aristoteles hat also auf keinen Fall die gleiche Regel damit aufstellen wollen wie Horaz.

Bei dem Begriff des Chors in der neueren Komödie, so haben Dramaturgen weiter behauptet, sei die äußerlich sichtbare Einteilung in Akte entstanden. Das ist aber nur Vermutung, denn die überlieferten Handbücher römischer Dramatiker sind alle ohne äußere Einteilung und der Verlust, wenn nicht habe die Akte durch Notate getrennt, beruht nachgewiesen auf ungenauer Bezeichnung. Weiter hat man auf Grund der Angaben des Donatus, einer jenseitigen Bemerkung im Plautinus und gewisser Eigenheiten der antiken Bühneneinrichtung behauptet, Plautinus und Terenz hätten sich eine Akteinteilung zwar nicht gefürchtet, doch selbst schon eine solche vorhanden und es dem Verfasser der Theatertheorien überlassen gewesen, mit Rücksicht auf die abnehmende oder noch geringe Kummerarbeit des Publikums, das in Zwischenpausen gerne davongehen zu lassen, diese früher oder später an geeigneter Stelle einzutreten zu lassen. Auch wenn man das stimmt, demies es nichts für das Bestehen einer Akteinteilung.

Mit mehr Recht und plausibler hat man die Einführung der Akteinteilung den Commentatoren und Kommentatoren zugeschrieben, und in deren Tätigkeit, glaube ich, liegt auch die einzig mögliche Erklärung für die Entstehung einer Akteinteilung überhaupt. Um bequemer anzusetzen und gliedern zu können, werden sie die Dramen in Abschnitte zerlegt haben, die sich mit großer logisch zusammengehörenden Teilen der Dramen deckten. Wie diese Einteilung zuerst gemacht hat, darüber ist man im Unklaren. Man ist bis auf Aristophanes v. Wagners, der Verfasser des römischen Theaters zurückgegangen, hat aus dem 12. Buch des Antonius Liberalis sogar auf eine Einteilung der fünfaktigen Einteilung geschlossen, ob mit

Fehler, der, wie Westmann später offen zugestanden hat, begangen worden war, konnte spätestens im Weltkrieg wieder gutgemacht werden. Zur Zeit der Stanzigkeit von Wieland schien die Erfüllung der freilichlichen Hoffnungen der Eisab-Lochringer greifbar nahegerückt. Der Präsident des Bundestages Adlwin hatte erklärt, daß sich im Falle der vollen Befreiung der Bundesstaatlichen Rechte der Landtag in freierlicher Kundgebung für die Zugehörigkeit zum deutschen Reich auszusprechen würde. Es braucht kein Wort darüber verloren zu werden, wieviel ein moralisches Gewicht zum Anwalt der Hausmacht. Weiter machte sich Bertling zum Anwalt der Hausmacht. Die bei der Verteilung der Getreidemasse die zeitlich vorgeschriebene Entlastung nicht eben nicht in genügendem Maße durchgeführt, und durch der größten Selbst auf Kosten des kleineren erheblich benachteiligt wird. Der Bauerntag hat diesen Beschwerden nachgegangen und habe festgestellt, daß die Schuld an derartigen Benachteiligungen des Bauernstandes die Kommunalverbände mit ihren großgrundbesitzlichen Mehrheiten tragen. Da und dort habe auch der Landbau die Finger im Spiele. Es werde dann auch Wählerbeispiele aus dem Kreis der Braunkohlenspitze, die in einem Kreis liegt bei dem Besitz über ein Morgen Anbaufläche weder eine Entlastung nach Anbauflächen noch nach Selbstverleihen für den einzelnen Betrieb vorgezogen worden. Und im Kreis Braunkohlenspitze fehlt der Kommunalverband eine Entlastung nach Anbauflächen ab, weil ihm — nach Verteilung des Getreides der Kreisliste — sonst der Weizenland und den Dals kommen müßte.“ Es ist eine alte Wahrheit, daß Bauern und Großgrundbesitzer nur sehr wenig gemeinsame Interessen haben, so wenig wie Handwerker und Großindustrie. Trotzdem lassen sich leider Gottes immer noch kleinere und mittlere Landwirte vom Weizenland und seinen Unterorganisationen und von dem jetzt mit ihnen verbundenen Bund der Landwirte als Jünglings mit dem Namen des Großgrundbesitzers pampert. Diesem ist aber eben doch nun endlich einmal die Augen auf, wenn sie von solchem Wirren von Landbänden trennen, nachdem ohnehin nur durch die Schuld der politischen Vertreter des Reichslandbundes, der Deutschnationalen Volkspartei, die Umwälzung zustande gekommen und die freie Wirtschaft gestaltet ist.

Weisheit Deutschland seine Kohlenverpflichtungen nicht voll erfüllt.

Die Garantiekommission der Alliierten hat anerkannt, daß Deutschland seinen Verpflichtungen zum 1. August ungedungen ist, daß lediglich die Kohlenlieferungen drei Monate lang nicht eingehalten worden sind. Dazu erklärt die „Dena“ am zehnjährigen Stelle, daß die Einhaltung der Kohlenlieferungen nicht möglich gewesen ist, weil die übergrabe Höhe die Wasserströme für die schweren Kohlenföhne unpassierbar gemacht hat. Besonders der Rhein hatte einen so niedrigen Wasserstand, daß an eine Kohlenbeförderung auf diesem Wege nicht zu denken war. Die Franzosen werden nunmehr den Rhein mit „Sanitionen“ betrafen und seinen Wasserstand von amtswegen regulieren müssen.

Deutschland erfüllt seine Verpflichtungen.

Von gutunterrichteter Stelle erklärt die „Dena“, daß die Erfüllung der Zahlung der 1 Milliarde Goldmark am 30. August der Regierung zwar schwere Gerechtigkeit hat, daß aber begründete Hoffnung besteht, die Zahlung einhalten zu können. Um das Ziel zu erreichen, sind außerordentliche Anstrengungen nötig gewesen, die bürgaus nicht immer die Unterfertigung der in Frage kommenden kapitalträchtigen Kreise gefunden haben sollen. Das Ziel wäre leichter zu erreichen gewesen, wenn eine Lösung der oberflächlichen Frage und zwar zugunsten Deutschlands schon etwa im Juni vorgelegen hätte. Große Manipulationen sind auf die Zahlungsvorpflichtung Deutschlands hin getätigt worden und haben deren Erfüllung angeblich nicht unwesentlich erschwert. Auch die Abgaben aus dem Minimum von London einbringenden Verpflichtungen sind, wie aus der gleichen Quelle verläutet, in ihrer Erfüllung sehr weit fortgeschritten. Der Rest des Jahres ist in bestem Gange. Die Zahl der nächsten zwei Wochen ganz vorwiegend. Das ganze Reparationsproblem hat in den letzten Monaten eine wesentliche Förderung erfahren, hängt aber naturgemäß von dem Ereignis der neuen Steuern ab. Die Wege dazu sind aber geebnet.

Recht, mag man bezweifeln. Ebenso wenig ist klar, daß Barro und die Kommentatoren des Terenz dessen Dramen in je fünf Akte zerlegt haben. Die Behauptung liegt sich auf Donatus, der man bei Bühnenaltertümern nur vorfichtig geneigt darf. Auch daß Barro eine Akteinteilung gekannt hat, läßt sich nicht nachweisen. Im Gegenteil, daraus, daß er in den noch erhaltenen Büchern „De lingua latina“ über den agrartheoretischen Ausdruck „actus“ spricht, ohne seine theatertheoretische Bedeutung auch nur zu streifen und daß er beim Jitteren aus Terenz und anderen nicht nach Akte und Scene, sondern ganz allein jiteret: apud... kann man schließen, daß er keine Akteinteilung gekannt hat. Man hat auch verläutet, aus den übermittelten Teilen seiner Verse zu schließen, in welchem Wert er über die Akteinteilung geschrieben hat. Nichts ist ja der überhandnehmende „De actibus scaenicis“, aber um seine Behauptung zu erklären, hat er den Titel in „De actibus scaenicis“ umändern müssen. Scholl hat dies als unzulässig zurückgewiesen. Als erstes bestimmtes Zeugnis für eine Akteinteilung und zugleich für die Fortdauer einer fünfaktigen Einteilung bleibt demnach nur der Doppelvers des Horaz:

Neve minor neu sit quinto productor acta fabula, quae posci volt et spectanda reponi, und dieser Doppelvers ist bis in die neueste Zeit falsch übersezt worden, und zwar so, wie ihn Donatus gelehrt hat. Man hat den Begriff „actus“ stets mit der Tätigkeit der Agrimenforen in Beziehung gebracht und ihn als Maunmaß betrachtet, in seiner übertragenen Bedeutung als eine gewisse Anzahl von Versen oder als eine Reihe logisch zusammengehörender Teile eines Dramas aufgefaßt. Man hat aber aus der Tatsache, daß in den Versen die bei Zusammenstellungen dieses Originaltextes „Quinto actu“ für „quinto actibus“ steht, als geschlossen, daß actu für Horaz in diesem Fall ein Maßmaß war. Und nur wenn man actu für eine Zeilenreihe aufsezt, ist gelunder Sinn in den Versen des Horaz zu finden: die Aufführung eines Dramas darf nicht mehr und nicht weniger als fünf solcher Zeilenreihen brauchen, wenn das Publikum nicht davonlaufen soll. Diese Auslegung bringt die Fortdauer des Horaz auch in Einklang mit der wohlgegründeten modernen Forderung eines „abendfüllenden“ Dramas.

Die Fortdauer des Horaz, so wie sie ins Donatus und die anderen Kommentatoren übermietet haben, hat ja auch nicht mehr gefunden Sinn als die Behauptung, ein schönes Quat diese nur drei, und zwar nur drei Stodwerte haben. Die Idee, die Umgebung muß dem Hause Maß und Gliederung besitzen. So beim Drama. Seine Gliederung muß gleichzeitig mit der Idee geboren sein, in der Idee selbst liegen, soll Form und Idee in notwendigster organischer und daher künstlerischer Einheit sich zeigen.